

Apartheid? Ambivalenzen in der israelischen Politik

Vortrag von Dr. Shir Hever

Guten Morgen zusammen,

Mein kurzer Beitrag heute handelt von der Ambivalenz in den israelischen politischen Institutionen in Bezug auf die Reihe von Berichten über israelische Apartheid.

Apartheid ist ein völkerrechtlich definierter Begriff, und in Deutschland gehen die meisten Menschen davon aus, dass Staaten durch Gesetze regiert werden, und dass wir, wenn wir nach israelischer Apartheid suchen wollen, die Gesetze des Staates Israel betrachten müssen. Israel respektiert jedoch die Rechtsstaatlichkeit nicht. Wie der Bericht von Human Rights Watch deutlich gezeigt hat, besteht die Apartheid nicht in den Gesetzen, die von der Knesset verabschiedet wurden, sondern in der bewussten Politik, einige Gesetze durchzusetzen und andere nicht, oder sie in diskriminierender Weise durchzusetzen.

Ich möchte ein Beispiel anführen, das direkt zu dem Punkt der Ambivalenz führt. In den israelischen Gesetzbüchern sind alle israelischen Bürger im Alter von 18 Jahren zum Militärdienst verpflichtet. Wie Sie alle wissen, wird dieses Gesetz jedoch nicht gleichmäßig durchgesetzt. Bestimmte Gruppen sind vom Militärdienst befreit. Im Jahr 1954 führte die israelische Regierung ein Experiment durch und schickte einen Aufruf zur Einberufung an die palästinensischen Bürger Israels. Es sei daran erinnert, dass dies in der Zeit der Militärherrschaft über die palästinensische Bevölkerung in Israel geschah, in der sogar für den Umzug von einer Stadt in die nächste eine Genehmigung der Armee erforderlich war. Die Einberufungsbefehle wurden nur an Männer, nicht aber an Frauen verschickt. Das Ergebnis war unerwartet - die meisten jungen Palästinenser folgten dem Aufruf zum Militärdienst mit Begeisterung und kamen in die Einberufungszentren, um sich rekrutieren zu lassen. Die israelische Regierung schwenkte sofort um und stellte die Rekrutierungsaufrufe ein. Heute können sich palästinensische Bürger Israels immer noch freiwillig zum Militärdienst melden, aber nur in geringer Zahl. Nur die Mitglieder der drusischen Gemeinschaft werden zwangsverpflichtet.

Dies ist die Ambivalenz, die eine Apartheid-Situation kennzeichnet - die israelische Regierung behauptet, der Staat Israel sei eine Demokratie mit gleichen Rechten, was auch in der israelischen Unabhängigkeitserklärung steht. Warum also sollten Araber:innen vom Militärdienst ausgenommen werden? Aber der Gedanke an arabische Soldaten in der israelischen Armee, die bewaffnet, ausgebildet und organisiert sind, bedroht die Möglichkeit, die rassistische Hegemonie der einen Gruppe über die andere fortzusetzen.

Die Dialektik von Meister und Sklave ist der Name einer theoretischen Konstruktion Friedrich Hegels. Hegel hat seinen Text natürlich auf Deutsch geschrieben, aber in meinem Studium an der Universität Tel-Aviv haben mehrere Philosophieprofessor:innen die hebräische Übersetzung des Textes in ihren Lehrplan aufgenommen. Nicht einer von ihnen hat offen gesagt, dass aus Hegels Analyse eine Lehre für das Leben von Israelis und Palästinenser:innen zu ziehen ist, aber ich glaube, dass Hegels Text selbst erklärt, warum der Gedanke, dass dieser Text für das Verständnis der Beziehung zwischen Israelis und Palästinenser:innen relevant ist, ein unerträglicher Gedanke ist.

Nach Hegel hat der Herr ein ambivalentes Verhältnis zum Sklaven, denn der Herr kann den Sklaven nicht vollständig entmenschlichen oder töten. Der Herr braucht den Sklaven, denn ohne die Anerkennung des Sklaven ist der Herr gar kein Herr. Wenn der Sklave so weit entmenschlicht wird, dass er wie ein Objekt behandelt wird, hat der Herr keine Herrschaft mehr, aber wenn der Sklave ein menschliches Subjekt ist, kann der Sklave sich dafür entscheiden, den Herrn nicht als Herrn anzuerkennen. Die Herrschaft ist nach Hegel eine zerbrechliche Sache, die immer wieder neu behauptet werden muss. Der Herr muss den Sklaven demütigen, um seine Herrschaft zu beweisen, aber auch, um die Menschlichkeit des Sklaven zu schützen, um eine Beziehung der Herrschaft zu ihm zu erhalten.

Hegel nennt diese komplexe Beziehung eine Form der Dialektik. Ich verwende stattdessen den Begriff der Ambivalenz, weil er weniger akademisch ist, aber es geht letztlich um dasselbe.

Auf dieser Konferenz diskutieren wir hauptsächlich den Al-Haq-Bericht, den Yesh Din-Bericht, den B'tselem-Bericht, den Human Rights Watch-Bericht und den Amnesty International-Bericht, aber es gab einen Apartheid-Bericht, der vor all diesen Berichten kam, und dieser wird oft übersehen.

Ich spreche von dem UN-Bericht, verfasst von Virginia Tilly und Richard Falk, für die ESCWA aus dem Jahr 2017. Der Bericht wurde von der UNO aufgrund des Drucks der USA zensiert, aber er ist immer noch auf verschiedenen Websites online verfügbar.

Es war die Zeit von Präsident Trump in den USA, der sehr schnell dazu überging, den Bericht zu zensieren, um dem Staat Israel einen "Gefallen" zu tun, aber damals war ich überrascht, dass es eigentlich keinen Antrag der israelischen Regierung gab, den Bericht zu zensieren. Die israelische Regierung hat keinen Druck auf Generalsekretär Guterres ausgeübt, den Bericht zu zensieren.

Der Bericht war eine Analyse der israelischen Apartheid, die sich nicht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkte, d.h. nur auf das besetzte Westjordanland und den Gazastreifen. Er konzentrierte sich auf zwei wichtige Elemente, zum einen auf die Politik der Segregation zwischen verschiedenen palästinensischen Gruppen, Apartheid, was Trennung bedeutet, wird auf Palästinenser:innen angewandt, die ihre eigenen Familienmitglieder nicht besuchen dürfen. Zweitens, und das ist für mein Thema wichtiger, die Trennung zwischen nationalen Rechten und Bürgerschaftsrechten.

Für Menschen, die in einem demokratischen Staat leben, ist es schwierig zu verstehen, was der Unterschied zwischen nationalen Rechten und Bürgerschaftsrechten ist, aber ich fürchte, ich habe jetzt keine Zeit, das zu erklären. Vielleicht in der Diskussion, wenn Sie es wünschen. Aber merken Sie sich diese Unterscheidung, denn sie ist entscheidend für die israelische Antwort.

Wie hat Israel also auf diesen Bericht reagiert? Seit 2011 debattiert die Knesset über den Vorschlag von Yuval Diskin, dem ehemaligen Leiter der israelischen Geheimpolizei und damaligen Knessetmitglied, das "Nationalstaatsgesetz" zu erlassen, das die Israelis "Gesetz der Nation" nennen. Das Gesetz wurde sieben Jahre lang heftig debattiert und erst im Juli 2018 verabschiedet. Sieben Jahre lang sahen die meisten Knessetmitglieder nicht ein, warum das Gesetz dringend benötigt wird, und in der Tat, als das Gesetz in seiner endgültigen Fassung verabschiedet wurde, ist es ein rassistisches Gesetz, ein diskriminierendes Gesetz, aber in der Praxis hat es nichts an der Realität des Rassismus und der Diskriminierung geändert, die die israelische Politik seit 1948 prägen.

Lassen Sie mich Ihnen jedoch die Klausel 1.c des Gesetzes vorlesen: "Das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel gilt nur für das jüdische Volk." Mit anderen Worten: Nicht-Jüd:innen können zwar Bürger:innen des Staates Israel sein und Staatsbürgerrechte haben, aber sie können keine nationalen Rechte haben. Jüd:innen, die keine Bürger:innen des Staates sind, können dennoch nationale Rechte im Staat Israel haben, auch wenn sie keine Bürger:innen sind.

Mit anderen Worten, es gibt eine Trennung zwischen nationalen Rechten und Bürgerschaftsrechten. Ich glaube, dass dies kein Zufall ist. Die Knesset hat beschlossen, das Gesetz der Nation voranzutreiben und es so zu formulieren, dass es die Anschuldigung aus dem UN-Bericht bestätigt, denn so wollte sie auf den UN-Bericht antworten.

Was wir verstehen müssen, ist die Strategie. Die israelische Regierung steckt in einem Dilemma. Natürlich will sie die Apartheid nicht anerkennen, und sie weiß, dass Apartheid ein Verbrechen ist, für das es nach internationalem Recht schwere Strafen gibt. Andererseits, wenn der UN-Bericht einfach mit dem Argument zensiert wird, dass es in Israel keine Apartheid gibt, könnten die Palästinenser:innen dies als Argument nutzen, um gleiche Rechte zu fordern.

Seit 2017 sagen israelische Politiker nicht mehr, dass "Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten ist" - diese Aussage wird vor allem von proisraelische Deutschen gemacht. Die israelische Regierung weiß, dass Demokratie gleiche Rechte bedeutet, und gleiche Rechte bedeuten das Ende der jüdischen Hegemonie in einem Apartheidsystem. Deshalb hat sie ihre Strategie geändert und tut nicht mehr so, als gäbe es keine Apartheid, sondern bekämpft diese Behauptung, damit die Palästinenser:innen nicht auf falsche Gedanken kommen.

Die Reaktionen in Israel auf die Berichte von Al-Haq und Yesh Din waren sehr unterschiedlich. Hier hat die israelische Regierung diese Berichte einfach ignoriert, ebenso wie die Knesset. Der Grund dafür ist,

dass Al-Haq als palästinensische Organisation nicht ernst genommen wird, denn in einem Apartheidregime wird den Palästinensern nicht zugetraut, dass sie eine eigene Stimme haben und das Recht, sich zu äußern. Aber auch Yesh Din, eine israelische Organisation, deren Mitarbeiter mehrheitlich Jüd:innen sind, wurde ignoriert.

Yesh Din wurde aus zwei Gründen ignoriert. Erstens, weil sich ihr Bericht im Gegensatz zu allen anderen nur auf das Westjordanland und den Gazastreifen konzentrierte. Zweitens, und das ist noch wichtiger, ist die Organisation Yesh Din hauptsächlich innerhalb Israels aktiv, übersetzt viele ihrer Veröffentlichungen nicht ins Englische und leistet keine Lobbyarbeit außerhalb Israels.

Btselem hingegen hat seinen Bericht sowohl auf Englisch als auch auf Hebräisch veröffentlicht und betreibt Lobbyarbeit außerhalb von Israel. Sie gaben eine klare Stellungnahme zur israelischen Apartheid "zwischen dem Fluss und dem Meer" ab, wie Sie von Orly Noy gehört haben. Die israelische Regierung war wütend. Der Bildungsminister erließ eine Vorschrift, wonach Btselem-Sprecher nicht in israelischen Schulen sprechen dürfen. Dieser Bildungsminister, Yoav Galant, ist ein General und ein Kriegsverbrecher, der bereits seine Empfindlichkeit gegenüber internationaler Kritik erklärt hat. Er sagte in einem Interview mit dem Journalisten Yotam Feldman in dem Film "The Lab" und bezog sich auf die israelische Invasion in Gaza 2008/2009, bei der fast 1.400 Palästinenser getötet wurden. Er sagte: "Die gleichen Länder, die uns kritisieren, sind auch diejenigen, die von uns lernen wollen, wie wir Blut in Geld verwandeln."

Die Antwort von Galant auf den Vorwurf der Apartheid besteht also darin, sie als Heuchelei zu bezeichnen. Aber Galant nennt den Apartheid-Vorwurf nicht heuchlerisch, weil er falsch ist, sondern weil dieselben Länder, die Israel der Apartheid beschuldigen, auch israelische Waffen kaufen und es ihnen nichts auszumachen scheint, dass sie von einem Apartheidstaat kaufen. In diesem Sinne stimme ich mit Galant überein, es handelt sich tatsächlich um Heuchelei.

Galant ist also ein General, der Bildungsminister wurde, und seine Lösung für Menschenrechtsgruppen, die die Menschen über die Apartheid aufklären, ist das Verbot der Bildung. Die Schulen gehorchen dem Minister nicht immer so wie die Soldaten ihren Generälen. Mehrere Schulen weigerten sich, die Anordnung des Ministers zu befolgen.

Der nächste Bericht stammt von Human Rights Watch. Der Hauptautor des Berichts, Omar Shakir, der gestern hier sprach, war der israelischen Öffentlichkeit bereits gut bekannt, da er aggressiv aus Israel abgeschoben wurde und sein Einspruch abgelehnt wurde. Shakir wurde mit dem Argument abgeschoben, er unterstütze BDS. Interessanterweise sprachen sich rechte politische Akteure in Israel gegen seine Abschiebung aus, weil sie befürchteten, dass dies ein schlechtes Licht auf Israel wirft und ihm einen schlechten Ruf einbringt. Auch Ägypten hat Omar Shakir abgeschoben, aber kein demokratischer Staat hat den Leiter des örtlichen Büros von Human Rights Watch abgeschoben.

Bevor Omar Shakir deportiert wurde, veröffentlichte Human Rights Watch einen detaillierten Bericht über Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde und die Hamas-Regierung in Gaza. Dieser Bericht war sehr großzügig gegenüber den Israelis - die Besatzungsmacht wurde mit den gleichen Maßstäben gemessen wie die beiden halbautonomen Regierungen, die in den von ihr de-jure und de-facto kontrollierten Gebieten tätig sind. Nach der Abschiebung hatte Human Rights Watch jedoch keinen Grund mehr, die israelischen Behörden zu beschwichtigen, und veröffentlichte einen ehrlichen Bericht über die Apartheid.

Als Human Rights Watch seinen Apartheid-Bericht veröffentlichte, war die Reaktion einiger rechtsgerichteter Israelis, insbesondere von NGO Monitor, Freude. Sie waren froh, in ihrer Kritik bestätigt worden zu sein. Sie warnten, dass die Abschiebung von Omar Shakir dem Ansehen Israels in der Öffentlichkeit schaden würde, und der Apartheid-Bericht beweist dies.

Israels Außenminister und Ersatzpremierminister Yair Lapid sagte am 20. Januar 2022, dass Israel in diesem Jahr mehr denn je mit dem Vorwurf der Apartheid konfrontiert sein wird. Damit hatte er natürlich völlig Recht.

Als Amnesty International seinen Bericht über die israelische Apartheid erstellte, reagierte die israelische Regierung in irrationaler Panik. Erstens hat der israelische Geheimdienst gegen Amnesty International spioniert. Zweitens: Als Amnesty International im Rahmen eines ordnungsgemäßen journalistischen Prozesses eine Kopie des Berichts an die israelische Regierung schickte, um eine Stellungnahme zu erhalten, ließ die israelische Regierung den Bericht vor dem Veröffentlichungsdatum durchsickern, anstatt eine Stellungnahme abzugeben. Aus diesem Grund warnten pro-israelische Zeitungen bereits einige Tage vor der Veröffentlichung vor dem Bericht von Amnesty International. Dieses unprofessionelle Verhalten der israelischen Regierung schmälerte natürlich nicht die Stärke des Berichts, sondern zeigte nur, dass die israelische Regierung keinen klaren Plan oder eine Politik hat, wie sie mit dem Apartheid-Vorwurf umgehen soll, der, wie Lapid zugab, von der israelischen Regierung bereits erwartet wurde.

Kurz nach der Veröffentlichung des Berichts besuchte der deutsche Außenminister Baerbock Israel. Lapid nutzte schnell die Gelegenheit der gemeinsamen Pressekonferenz, um sich über den Bericht von Amnesty International zu beschweren. Er benutzte dabei eine sehr interessante Sprache. Er sagte nicht, dass der Bericht antisemitisch sei, sondern vielmehr, dass es absurd sei, Israel der Apartheid zu beschuldigen, da die Jüd:innen mehr als jede andere Gruppe in der Geschichte unter Rassismus gelitten hätten. Zunächst einmal freut es mich zu hören, dass Lapid endlich verstanden hat, dass die Behauptung, Antisemitismus sei keine Form von Rassismus, dumm ist und es Jüd:innen unmöglich macht, um Solidarität zu bitten. Vielleicht sollte jemand der IHRA sagen, dass sie ihre schädliche Definition nicht mehr verwenden sollte.

Zweitens hat Lapid den Staat Israel mit dem jüdischen Volk in einen Topf geworfen, was an sich schon ein antisemitischer Akt ist. Amnesty International hat nicht das Judentum beschuldigt, Apartheid zu praktizieren, sondern den Staat Israel. Wenn Lapid glaubt, dass Amnesty International das gesamte jüdische Volk der Apartheid beschuldigt, schiebt er die Verantwortung für die Handlungen des Staates Israel auf Jüd:innen in der ganzen Welt, was selbst nach den problematischen Standards der IHRA antisemitisch ist.

Und drittens, und das ist das Wichtigste, wie lautete die Antwort von Baerbock? Baerbock antwortete, dass sie bei ihrem Besuch in Yad Vashem über das Zitat von Kurt Tucholsky, einem deutschen Journalisten aus der Weimarer Republik, gestolpert sei, der schrieb: "Ein Land ist nicht nur das, was es tut, sondern auch das, was es duldet." Ich verstehe Baerbocks Antwort wie folgt: Deutschland hat den Staat Israel jahrzehntelang bedingungslos unterstützt. Deutschland selbst ist kein Apartheidstaat, aber es trägt Verantwortung und Schuld für die Duldung der israelischen Apartheid. Lapid hat Baerbock natürlich einfach nicht verstanden. Er hat die Idee verinnerlicht, dass Herrschaft nur dann möglich ist, wenn sie als selbstverständlich angesehen wird und nicht beim Namen genannt werden sollte, und so hat er nicht bemerkt, dass Baerbock ihm ins Gesicht gesagt hat, dass seine Regierung Apartheid praktiziert.

Anfang des Monats wies der Oberste Gerichtshof Israels die Berufung von Palästinensern aus dem Gebiet von Masafer Yatta in den südlichen Hebron-Bergen zurück und ordnete die Vertreibung von über tausend Menschen, die Hälfte davon Kinder, aus ihren Häusern an, weil ihr Land zur militärischen Sperrzone erklärt wurde. Die Haaretz-Journalistin Amira Hass schrieb, das Gericht habe die Entscheidung getroffen, weil es wusste, dass gegen Israel keine internationalen Sanktionen für einen weiteren Akt der ethnischen Säuberung verhängt werden würden.

In diesem Punkt stimme ich nicht mit Amira überein. Ich denke, dass die Ambivalenz der israelischen Behörden in Bezug auf die Apartheid sie dazu veranlasst, Maßnahmen zu ergreifen, von denen sie wissen, dass sie zu internationalen Sanktionen führen können. Wenn der Gerichtshof das Recht der Palästinenser:innen, auf ihrem Land zu leben, genauso respektieren würde wie das Recht der Jüd:innen, gäbe es keine Apartheid, und die Juden wären nicht die Herren des Landes. Die Sanktionen bedrohen die Israelis, aber andererseits bestätigen sie, dass die Jüd:innen tatsächlich die Herren des Landes sind.

In ähnlicher Weise ist die Entscheidung von Ayelet Shaked als Innenministerin, der Verabschiedung einer dauerhaften Änderung des Gesetzes zur Familienzusammenführung hohe Priorität einzuräumen, ein Beispiel für die ambivalente Haltung Israels gegenüber dem Vorwurf der Apartheid. Shaked hat sich deutlich dagegen ausgesprochen, mit Arabern in einer Koalition zu sitzen. Die von Mansour Abbas geführte Partei Raam hat zwar nur vier Sitze in der Knesset, aber ohne sie verfügt die Koalition nicht über eine Mehrheit. Die israelische Regierung hatte die Gelegenheit, die Mitgliedschaft

von Raam in der Koalition prominent zu nutzen, um zu behaupten, dass Israel kein Apartheidstaat ist, weil Araber in der Koalition sitzen dürfen.

Shaked hat ihre Zeit und Mühe investiert, um das Gesetz zu verabschieden, das die Familienzusammenführung für Palästinenser verbietet, sie aber für Jüd:innen erlaubt. Es ist ein einfaches Apartheidgesetz, das sie nur mit Unterstützung der Opposition durchsetzen konnte. Am 1. Februar veröffentlichte Amnesty International seinen Apartheid-Bericht. Am 10. März verabschiedete Shaked das Staatsbürgerschaftsgesetz und bestätigte damit zweifelsfrei, dass die israelische Regierung und die Knesset das Verbrechen der Apartheid begehen.

Ich denke, es lohnt sich, die israelische Strategie im Umgang mit der wachsenden internationalen Kritik an den von Israel begangenen Verbrechen genauer zu untersuchen. Israelische Politiker unterteilen die Bedrohungen der israelischen Sicherheit, wie sie sie definieren, in vier Teile: militärische Bedrohungen von außen, Bedrohungen der öffentlichen Meinung von außen, rechtliche Bedrohungen von außen und die Bedrohung von innen.

Die militärischen Bedrohungen von außen, z. B. aus dem Iran oder Syrien, sind nicht das Thema dieses Vortrags, aber ich möchte nur kurz darauf hinweisen, dass diese Bedrohungen immer weniger Aufmerksamkeit und Ressourcen erhalten und für das Verständnis der israelischen Strategie immer unwichtiger werden.

Bei der Bedrohung der öffentlichen Meinung von außen kommt die BDS-Bewegung ins Spiel, die Proteste gegen die israelische Invasion in Gaza, Studentengruppen, die weltweit Veranstaltungen wie die Israel Apartheid Week organisieren. Um dieser Bedrohung zu begegnen, hat die israelische Regierung unter Netanjahu ein eigenes Ministerium eingerichtet, das Ministerium für strategische Angelegenheiten. Es wurde schnell klar, dass das Ministerium hauptsächlich dazu dient, die israelische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Regierung etwas gegen BDS unternimmt, dass es aber nicht wirklich gelingt, eine Kampagne gegen die israelische Apartheid zu stoppen. Im Jahr 2021 schloss die neue israelische Regierung das Ministerium.

Die dritte Bedrohung, die rechtliche Bedrohung von außen, ist der Punkt, an dem die Apartheidberichte ansetzen. Apartheid ist nicht nur ein böses Wort, sondern ein Verbrechen, das im internationalen Recht definiert ist und zur Anklageerhebung sowie zur Inhaftierung von Politiker:innen und Generälen führen kann. Was ist die israelische Strategie gegen diese Anschuldigungen? Gegen die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, eine Untersuchung der israelischen Kriegsverbrechen einzuleiten? Hinter den Kulissen arbeiten die israelischen Geheimdienste und Diplomaten hart daran, die Erhebung von Anklagen zu verhindern, aber in der Öffentlichkeit gibt es einfach keine Strategie. Die israelische Regierung antwortet nicht einmal auf die konkreten Anschuldigungen von Al-Haq, B'tselem, Human Rights Watch und Amnesty International. Sie kann sie nicht offen beantworten, weil ihre Position so ambivalent ist. Wenn sie die

Existenz von Apartheid leugnen, erkennen sie die Palästinenser:innen implizit als gleichberechtigt an. Wenn sie die Existenz der Apartheid bestätigen, gehen sie ins Gefängnis.

Aber vergessen wir nicht die vierte Bedrohung, die Bedrohung von innen. Hier wird die Apartheid nicht nur diskutiert, sondern tatsächlich umgesetzt. Palästinenser:innen, denen die grundlegenden Menschenrechte verweigert werden, die nicht reisen können, die nicht dort leben können, wo sie wollen, die nicht in den von ihnen gewünschten Berufen arbeiten oder an den Schulen und Universitäten ihrer Wahl studieren können, erheben sich gegen die israelische Apartheid und fordern Gleichberechtigung. Die israelischen Behörden können ihnen Gleichheit gewähren, was bedeutet, dass es keinen jüdischen Staat mehr gibt. Natürlich werden sie dies nicht aus eigenem Antrieb tun. Es wird geschehen, wenn die Palästinenser:innen sie dazu zwingen. Aber bis dahin unterdrücken sie die Palästinenser:innen, indem sie sie in Gruppen trennen und ihnen das Recht verweigern, sich zu bewegen, zu studieren, zu leben und zu arbeiten, wie sie wollen. Mit anderen Worten, die Waffe gegen die Bewegung zur Beendigung der Apartheid ist selbst die Apartheid.

Je mehr Menschenrechtsaktivist:innen innerhalb und außerhalb Israels protestieren, desto mehr reagieren die israelischen Behörden mit Unterdrückung. Je mehr Unterdrückung sie anwenden, desto mehr Argumente und Beweise haben die Menschenrechtsaktivist:innen und desto mehr Gründe, zu protestieren. Der Teufelskreis führt nur in eine mögliche Richtung - zu dem Punkt, an dem das System der Unterdrückung zusammenbricht, die Apartheid abgebaut und eine Demokratie errichtet wird. Die Israelis verstehen das.

Einige jüdische Israelis glauben, dass die Diskriminierung und Unterdrückung allmählich und in aller Stille abgebaut werden kann, so dass die Ungleichheit abnimmt und die Palästinenser ihren Kampf für Gerechtigkeit aufgeben werden. Dies ist die Position von Parteien wie Meretz. Dies setzt jedoch voraus, dass die israelische Regierung in ihrer Politik großzügig und gemäßigt ist, was in einer rassistischen Gesellschaft, in der die Politiker miteinander wetteifern müssen, wer patriotischer ist, indem sie beweisen, dass sie den Palästinenser:innen mehr Leid zufügen, politisch unmöglich ist.

Andere Israelis glauben, dass die Palästinenser:innen aufgeben werden, wenn die Unterdrückung der Palästinenser:innen entschlossen genug und gewaltsam genug ist. Einige werden gehen und andere werden sich damit abfinden, unter israelischer Herrschaft zu leben. Dies ist die Politik von Bezalel Smotrich, Itamar Ben-Gvir und Ayelet Shaked, aber sie sind eine Minderheit in Israel und die meisten Israelis weigern sich, den Preis für eine solch aggressive Politik zu zahlen - zum Beispiel, dass sie nicht mehr nach Europa reisen können, ohne verhaftet zu werden.

So bleibt die Mehrheit der Israelis, die sich irgendwo in der Mitte befindet. Sie wissen, dass die Apartheid existiert, sie wissen, dass Unterdrückung Protest hervorruft, und sie wissen, dass es keinen nachhaltigen Ausweg gibt, bei dem sie die Herren bleiben können, aber sie haben auch keinen Plan oder eine Strategie. Mit anderen Worten: Sie sind ambivalent.